



Im Blickfeld

Steuerentlastung für Bonusritter?



«Steuerentlastung» für Superreiche und Bonusritter, aber höhere Krankenkassenprämien für tiefe Einkommenschichten, das

ist die gegenwärtige Devise der bürgerlichen Regierungsmehrheit.

Letzte Woche hat Finanzdirektorin Ursula Gut den sogenannten Steuerbelastungsmonitor vorgestellt und behauptet, der Kanton Zürich sei nicht attraktiv für Reiche. Wohlgemerkt: Zu den Reichen gezählt werden Leute mit Vermögen ab 30 Millionen Franken. Solche gibt es im Kanton Zürich rund 3000(!). Die Finanzdirektorin will also, dass bedeutend mehr Reiche und Superreiche im Kanton Zürich Wohnsitz nehmen. Dass dadurch die Häuser- und Landpreise noch mehr angeheizt werden und damit die Wohnungsmieten für den Mittelstand und die tieferen Einkommen weiter steigen, kümmert die bürgerliche Mehrheit im Regierungsrat nicht.

Zaubermittel Sparpaket?

Die Zaubermittel, bei welchen Regierungsrat und Bürgerliche inklusive Mitte-Parteien im Steuerwettbewerb mitmachen wollen, heissen «Sparpaket» einerseits und «Steuerpaket» andererseits. Mit dem, was die Bevölkerung unter «Sparen» versteht, hat ein «Sparpaket» übrigens nichts zu tun. Mit einem «Sparpaket» werden Ausgabenkürzungen zusammengestellt, damit auf der andern Seite mit einem «Steuerpaket» Steuergeschenke an die Reichen verteilt werden können.

Mit dem «Sparpaket San10» soll der Staatshaushalt in den nächsten

vier Jahren um 1600 Millionen «entlastet» werden. Mit dem «Steuerpaket», das im Mai zur Abstimmung kommt, sollen die höheren Einkommen 400 Millionen Franken jährlich weniger Steuern zahlen. Man rechne!

Mit dieser Politik wird der Solidaritätsgedanke, der diesem Gesellschaftssystem zugrunde liegt, immer mehr ausgehöhlt. Die San10-Massnahmen beinhalten unter anderem: Abbau von 150 Stellen im Unispital, Reduktion des Rahmenkredits für Beiträge an energetische Gebäudesanierungen, Kürzung der Prämienverbilligungs-Beiträge für tiefe Einkommen. All dies nur, damit die ohnehin Reichen pro Jahr 400 Millionen mehr auf die hohe Kante legen können. Damit öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich noch mehr. Steuersenkungen führen wie oben dargelegt direkt zu einem Abbau staatlicher Leistungen. Deshalb sollten hohe Einkommen wie auch exorbitante Erbschaften angemessen versteuert werden. Die mit dem Steuerpaket vorgesehene Streichung der obersten zwei Progressionsstufen ist ein Affront gegenüber den mittleren und unteren Einkommenschichten. Es ist unverständlich, warum sich bürgerliche Parteien und die Parteien der Mitte mit den Reichsten solidarisieren und dabei der arbeitenden Bevölkerung immer mehr Kosten aufbürden.

Am 3. April können die Wählerinnen und Wähler zeigen, dass sie mit dieser einseitigen Politik zugunsten der Superreichen nicht einverstanden sind, indem sie diejenige Partei wählen, welche sich für einen gerechten und solidarischen Kanton Zürich einsetzt, nämlich die SP. Und am 15. Mai können die Stimmberechtigten mit einem klaren Nein das einseitige Steuerpaket bachab schicken.

MONIKA SPRING, KANTONSRÄTIN SP